

REZENSIONEN



Klein, Ansgar / Sprengel, Rainer / Neuling, Johanna (Hrsg.)
(2018)

Annäherungen an die digitale Welt. Jahrbuch Engagementpolitik 2018

Wochenschau Verlag, 214 Seiten, EUR 22,90
ISBN978-3-7344-0562-4

„Die Bundesregierung verfolgt weiterhin das Ziel, Extremismusprävention und Demokratieförderung längerfristig und nachhaltig zu stärken.“ So heißt es in einer Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMFSFJ, Caren Marks, am 09. Juni 2017 auf die Anfrage der Bundestagsabgeordneten Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen) nach dem Stand und der Zukunft der Extremismusprävention und Demokratieförderung. Staatssekretärin Marks verweist dabei unter anderem auf die deutlich angehobenen Fördergelder des Bundes. Doch was hat Extremismusprävention mit Engagement und Engagementpolitik zu tun? Einer der etabliertesten Befunde der Partizipationsforschung ist, dass diejenigen, die sich engagieren, sowohl mehr Kenntnisse und Verständnis demokratischer Prozesse und Verfahren haben und mit dem politischen System zufriedener sind als auch im tatsächlichen Verhalten sich aktiver

beteiligen. Engagement, das demokratischen Grundsätzen folgt, ist in diesem Sinne ein wichtiger Beitrag zur Wehrhaftigkeit der Demokratie. Engagement ist mit Ansgar Klein ein „Lernort der demokratischen Gesellschaft“ (S. 50).

Eine wichtige Ressource zur Bündelung engagementpolitischer Aktivitäten ist das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), das sich als Zusammenschluss von staatlichen, zivilgesellschaftlichen und ökonomischen Akteuren für die Förderung der Bürgergesellschaft und für bürgerschaftliches Engagement einsetzt.

Das von Ansgar Klein, Rainer Sprengel und Johanna Neuling – allesamt in verschiedenen Funktionen für das BBE tätig – herausgegebene Jahrbuch Engagementpolitik 2018 *Annäherungen an die digitale Welt* stellt eine wichtige Dokumentations- und Diskussionsplattform zum bürgerschaftlichen Engagement

dar. Der Inhalt ist in vier Bereiche gegliedert: 1. Engagementpolitische Diskurse im politischen Mehrebenensystem (S. 16–148); 2. Schwerpunktthema: Annäherungen an die digitale Welt (S. 149–171); 3. Kalendarium (S. 172–184); 4. Aus dem Netzwerk BBE (S. 185–207). Eine Einleitung sowie eine Reflektion der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum geplanten Demokratieförder- und Extremismuspräventionsgesetz (S. 7–15), die Stellungnahme des BBE zu Herausforderungen für die Engagement- und Demokratiepoltik (S. 208–211) sowie ein Autorenverzeichnis umschließen diese vier inhaltlichen Teile.

Teil 1, der weitaus umfangreichste Bereich über „Engagementpolitische Diskurse“, umfasst 16 Beiträge, die wiederum in die Bereiche „Bundestag und Bundesregierung“, „Zivilgesellschaft und Engagementforschung“ und „Länder, Europa und International“ eingeteilt sind. Zunächst bilanzieren Willi Brase (SPD), Rosemarie Hein (Die Linke), Ingrid Pahlmann (CDU), Kordula Schulz-Asche (Bündnis90/Die Grünen) und Svenja Stadler (SPD), allesamt Mitglieder des Bundestags-Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ die Engagementpolitik in der Legislaturperiode 2013–2017. Dabei setzen sie als Parteipolitiker unterschiedliche Akzente, sind sich jedoch einig über die herausragende Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements in der Betreuung von Flüchtlingen sowie in der Forderung einer weiteren Aufwertung und Wertschätzung von Engagement. Aus einer persönlichen Perspektive und aus Sicht

des BBE bilanziert Ansgar Klein die 18. Legislatur in einer Stellungnahme im Unterausschuss. Dabei betont er etwa die Bedeutung von Freiwilligendiensten und zivilgesellschaftlicher Strukturbildung (S. 52) und drängt auf die gesetzliche Verankerung der Demokratie- und Engagementförderung. Nicht zuletzt setzt er sich mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Zivilgesellschaft auseinander und verweist auf die Notwendigkeit „geschützter Handlungsräume für zivilgesellschaftliche Diskurse und Akteure im Netz“ (S. 55). Außerdem verweist er auf die Notwendigkeit verstärkter wissenschaftlicher Analysen der Zivilgesellschaft (S. 56). Thomas Klie, Vorsitzender der Zweiten Engagementberichtskommission der Bundesregierung, stellt in seinem Beitrag zentrale Punkte des Zweiten Engagementberichts der Bundesregierung vor und betont die dialogorientierte Arbeitsweise der Kommission. Gleichzeitig kritisiert er die Bundesregierung dafür, dass sie elf Monate brauchte, um eine Stellungnahme zum Bericht zu verabschieden, die zudem sehr defensiv ausgefallen sei und den Stellenwert von Engagementpolitik infrage stelle (S. 67).

Unter die Rubrik „Zivilgesellschaft und Engagementforschung“ fallen fünf Beiträge: Thomas Röbbke setzt sich aus einer philosophisch orientierten Perspektive mit der Frage auseinander, warum bürgerschaftliches Engagement so attraktiv sei. Er kommt zu dem Schluss, dass sich hier vielfältige Möglichkeiten der Anwendung „hilfreicher Fähigkeiten“ (S. 81) und des Selbstwachstums fänden. Jürgen Kocka analysiert in seinem Beitrag

„Flüchtlingskrise und bürgerschaftliches Engagement“ (S. 83–90) die Chancen und Grenzen von Engagement. Für ihn ist es „eine Partizipationsform, die mit den Regeln der repräsentativen Demokratie kompatibel ist und diese mit zusätzlichem Gehalt ausstattet“ (S. 90). Adalbert Evers wirft einen kritischen Blick auf lokale Governance, Engagement und Partizipation. Er mahnt an, dass Formen der lokalen Partizipation trotz oder gerade wegen ihrer langen Tradition – er nennt informelle Absprachen, Korporatismus und politische Verwaltung als Stichworte – oft nicht mehr zeitgemäß und demokratietauglich seien und dringend einer Demokratisierung bedürften (S. 97). Ansgar Klein und Thomas Rübke diskutieren vor dem Hintergrund des Zweiten Engagementberichts die Frage der Monetarisierung von Engagement (S. 99–110) und regen eine breite Debatte über das Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit und bürgerschaftlichem Engagement an. Thomas Gensicke erörtert entlang der Ergebnisse des Freiwilligensurveys die Frage, ob Engagement knapp oder reichlich vorhanden sei (S. 111–122). Dabei zeigt er unter anderem auf, dass es insbesondere einer veränderten Frageform im neuesten Freiwilligensurvey geschuldet sei, dass die Engagementzahlen gestiegen sind. Dies liege weder im Trend der vorigen Freiwilligensurveys, noch decke es sich mit anderen Befunden. Problematisch sei dies vor allem, weil gestiegene Engagementzahlen politisch dazu genutzt werden könnten, die Förderung zu begrenzen oder zu kürzen.

Unter dem Titel „Länder, Europa und International“ sind vier Beiträge zusammengefasst: Diese beschäftigen sich mit

der Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern (Erwin SELLERING, S. 123–130), den Entwicklungen des Gemeinnützigkeitsrechts in Europa (Peter FISCHER, S. 131–137) und der Rolle der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (Christoph STRÄSSER, S. 145–149). Unter dem Titel „Bürgerschaftliches Engagement unerwünscht“ (S. 138–144) bilanziert Burkhard Gnäring die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Partizipation im internationalen Vergleich und zeigt die vielfältigen Einschränkungen von Rechten und Freiheiten auf, die es Menschen in vielen Ländern der Welt schwer oder unmöglich machen, sich frei zu engagieren. Er fordert als Lösung unter anderem, dass sich zivilgesellschaftliche Organisationen in Zeiten von Digitalisierung und Globalisierung selbst neu erfinden müssten (S. 144).

Dem Schwerpunktthema „Annäherungen an die digitale Welt“ sind vier Beiträge gewidmet. Arne Semsrott und Fiona Krakenbürger beschreiben die Veränderungen des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger durch die Digitalisierung (S. 151–155). Sie betonen dabei die Notwendigkeit tatsächlicher Information und Kommunikation inklusive Feedback über die E-Government-Plattformen sowie die Notwendigkeit der Förderung digitaler Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger. Hannes Jähnert fragt nach Bedingungen für digitales Engagement. Als Grundvoraussetzungen sieht er die digitale Infrastruktur in Form von Breitband-Internet (S. 157), eine Vielfalt von Plattformen im Web 2.0, die idealerweise Open Source sein sollten (S. 158) sowie

eine Vielfalt an Akteuren, die die sozialen Medien nutzen und ein digitales Abbild der zivilgesellschaftlichen Vielfalt schaffen (S. 159). Peter Kusterer fordert eine digitale Agenda, die von den zivilgesellschaftlichen Akteuren selbst (mit-)formuliert werden sollte, und fordert das BBE auf, hier aktiv zu werden (S. 167). Julian Fischer und Nicolas Rück geben in ihrem Beitrag einen vertieften Einblick in die Qualitätssicherung der freien Enzyklopädie Wikipedia, die von Freiwilligen ständig verändert und im Idealfall weiterentwickelt wird.

Das von Rainer Sprengel erstellte „Kalendarium“ (S. 173–185) gibt einen Überblick über engagementpolitisch relevante Ereignisse im Zeitraum vom 23. Juni 2016 bis 18. Juli 2017.

Im abschließenden Bereich berichten Ansgar Klein, Andreas Pautzke und Mareike Jung aus dem Netzwerk BBE und bilanzieren die Tätigkeit des Netzwerkes. Serge Embacher macht in seinem Beitrag einige „Anmerkungen zur Politik für Menschen mit Behinderung aus der Engagementperspektive“ (S. 204–207).

Das Jahrbuch Engagementpolitik 2018 bietet einen guten Überblick über die Themen und Diskurse rund um bürgerschaftliches Engagement. Besonders hilfreich sind dabei auch die Einschätzungen und Bewertungen des Zweiten Engagementberichts der Bundesregierung und der Arbeit des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“. Die Beiträge aus der Forschung regen zum vertieften Nachdenken an. Gerade die kritischen Reflektionen über die Attraktivität von Engagement, die Natur

lokalen Engagements und das Vorhandensein von Engagementpotential sind sehr spannend. Die dem Band den Titel gebenden Beiträge des Schwerpunktthemas Annäherungen an die digitale Welt sind ebenso gewinnbringend zu lesen. Allerdings zeigt der Umfang des Schwerpunkts auch ein Problem auf. Digitalisierung scheint in vielen Bereichen tatsächlich „Neuland“ zu sein. Ausgehend vom Titel hätte man mehr Beiträge zum Thema sowie eine systematische Auseinandersetzung erwartet, etwa eine breitere Darstellung dessen, was es an E-Partizipation und E-Government gibt, welche Akteure und Plattformen in dem Feld relevant sind, welche Forschungsergebnisse es gibt, welche Rolle soziale Medien in der politischen Willensbildung einnehmen und nicht zuletzt, wie E-Beteiligung eigentlich definiert werden kann und soll. Denn es ist beispielsweise durchaus umstritten, wo die Grenze zwischen dem bloßen digitalen Äußern von Meinungen und tatsächlicher Partizipation und Engagement verläuft, die jedoch gerade heute aktueller denn je ist.

Insgesamt legen die Herausgeber ein vielfältig informierendes und lesenswertes Jahrbuch vor, dem zwar im vermeintlichen Kernbereich die Annäherung an die digitale Welt nur sehr peripher gelingt, aber einen sehr guten Überblick über die Themen in der Engagementpolitik des vergangenen Berichtsjahres und über die Aktivitäten des BBE liefert.

Dr. Rolf Frankenberger

Akademischer Rat am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen
rolf.frankenberger@uni-tuebingen.de